# Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

## Allgemeines

### Generalversammlung: 69. Tagung 2014/2015

- Post-2015-Entwicklungsagenda
- Kampf gegen den ›Islamischen Staat‹
- Resolution gegen Wilderei und illegalen Wildtierhandel

Sylvia Schwab

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Anja Papenfuß, Generalversammlung: 68. Tagung 2013/2014, VN, 4/2015, S. 176ff., fort.)

Die 69. Ordentliche Tagung der **Generalversammlung** der Vereinten Nationen wurde am Nachmittag des 16. September 2014 vom Präsidenten der Generalversammlung Sam Kahamba Kutesa aus Uganda am renovierten Amtssitz in New York eröffnet.

In seiner Rede bezeichnete er das bevorstehende Jahr 2015 als »sehr bedeutsam« für die Vereinten Nationen: Neben dem 70-jährigen Bestehen der Organisation stehe das 20. Jubiläum der Weltfrauenkonferenz von Beijing und das zehnte Jubiläum des Weltgipfels von 2005 bevor. Im Mittelpunkt der 69. Tagung stünden allerdings die Verhandlungen über die Post-2015-Entwicklungsagenda. Er kündigte zwei thematische Debatten zum Thema an: Zu den Umsetzungsmaßnahmen sowie zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit und der Stärkung von Frauen in der Post-2015-Entwicklungsagenda. Neben der Verabschiedung der Agenda stünden die Vorbereitung der Dritten Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD3) im Juli 2015 in Addis Abeba und die Verhandlungen zu einem Klimaabkommen unter der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) bevor.

Neben der Ordentlichen Tagung fand am 22. September 2014 eine Sondertagung über die Folgemaßnahmen zum Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung nach 2014 statt. Anlässlich des 25. Jubiläums der Verabschiedung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes kamen die Staaten am 20. November 2014 zu einem hochrangigen Treffen zusammen. Des Weiteren fand am 22. und 23. September 2014 die Plenartagung der Generalversammlung auf hoher Ebene mit der Bezeichnung ›Weltkonferenz über indigene Völker‹ statt (siehe Abschnitt Sozialfragen). Am 22. Januar 2015 kam die Generalversammlung zu einer thematischen Sondersitzung zum Thema Antisemitismus zusammen.

Der Hauptteil der 69. Tagung mit 77 Sitzungen war am 29. Dezember 2014 beendet. Der zweite Teil mit weiteren 28 Sitzungen begann am 16. Januar 2015 und endete am 14. September 2015. Die Staaten verabschiedeten in dieser Zeit 327 Resolutionen und 92 Beschlüsse. Der überwiegende Teil der Resolutionen und Beschlüsse wurde allerdings routinemäßig und ohne große Veränderungen verabschiedet. Den Delegierten lagen insgesamt 1 025 Dokumente vor. Am 7. Oktober 2014 nahm die Generalversammlung den Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Organisation zur Kenntnis (vgl. Henrike Landré, VN, 5/2014, S. 215f.).

#### Generaldebatte

Die Generaldebatte bildet den Auftakt jeder Tagung und stand diesmal unter dem Titel ›Eine transformative Entwicklungsagenda nach 2015 fördern und umsetzen‹. Vom 24. September bis 1. Oktober 2014 hielten 193 Vertreterinnen und Vertreter von Staaten und Organisationen Reden zu internationalen Fragen vor dem Plenum. Im Mittelpunkt standen neben der Post-2015-Entwicklungsagenda die Bekämpfung des ›Islamischen Staates‹ (IS), die Ebola-Epidemie in West-Afrika und die Ukraine-Krise. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon eröffnete die Generaldebatte und wies in seiner Rede auf neue Bedrohungen für Frieden und Sicherheit hin. Er kündigte an, bis Ende 2014 einen Synthese-Bericht zu einer Post-2015-Entwicklungsagenda vorzulegen. Das hochrangige Treffen zur Bekämpfung des Klimawandels am 22. September 2014 bezeichnete er als »Meilenstein« auf dem Weg zu einem universellen Klimaabkommen.

Der amerikanische Präsident Barack Obama warb in seiner Rede für ein »globales Bündnis« im Kampf gegen den Islamischen Staat. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier forderte (vgl. Rede Steinmeier, VN, 5/2014, S. 232f.) eine politische Strategie zur Bekämpfung der Terrororganisation. Zudem kritisierte er Russland, das »mit der Annexion der Krim einseitig bestehende Grenzen in Europa verändert und damit Völkerrecht gebrochen« habe. Allerdings dürfe die Weltgemeinschaft nicht zu der alten Spaltung zwischen Ost und West zurückkehren. Russlands Außenminister Sergej Lawrow plädierte für einen Neustart der Beziehungen seines Landes zu den USA und eine Beendigung der Sanktionen. Zuvor hatte er den USA und der Europäischen Union allerdings die Einmischung in die Ukraine-Krise vorgeworfen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan warf dem UN-Sicherheitsrat Versagen in mehreren weltweiten Konflikten vor. Er beklagte, dass sein Land im Kampf gegen den IS allein gelassen werde und verlangte von der Europäischen Union, mehr Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Der syrische Außenminister Walid Al-Moualem beklagte die Unterstützung terroristischer Gruppen in Syrien durch einige Staaten in der Region. Er warf den USA »Doppelmoral« und einen Angriff auf die territoriale Souveränität Syriens vor.

#### Abrüstung

Im Dezember 2014 unterstrich die Generalversammlung, dass die Einhaltung der Abrüstungsübereinkommen zur internationalen Sicherheit beitrage und forderte die Staaten auf, ihren jeweiligen Verpflichtungen nachzukommen (69/59). Mit Resolution 69/31 warnte die Generalversammlung die Staaten vor einem Wettrüsten im Weltraum. Sie legte insbesondere den Raumfahrtnationen nahe, gegebenenfalls eine politische Selbstverpflichtung aufrechtzuerhalten, keine Waffen in den Weltraum einzubringen.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Weltkonferenz über indigene Völker, die am 22. und 23. September 2014 am Amtssitz der Vereinten Nationen in New York stattgefunden hat.

UN-Foto: Yubi Hoffmann

## Politik und Sicherheit

Bei der 3. Weltkonferenz über die Verringerung des Katastrophenrisikos vom 14. bis 18. März 2015 in Sendai/Japan wurde der Sendai-Rahmen für Katastrophenvorsorge 2015–2030 (Sendai-Rahmen) verabschiedet. Der Schwerpunkt des Rahmens liegt auf vorausschauendem Risikomanagement, um bis zum Jahr 2030 Risiken durch Naturgefahren zu verringern und die Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen zu erhöhen (69/283). Die Generalversammlung richtete mit Resolution 69/284 eine offene zwischenstaatliche Arbeitsgruppe von Regierungssachverständigen ein, um die Umsetzung des Sendai-Rahmens zu begleiten.

Die Staaten beschlossen (69/246) eine offizielle Folgeuntersuchung zum Tod von Dag Hammarskjöld und seiner Begleiter, für die der Generalsekretär eine unabhängige Gruppe von Sachverständigen ernannte (vgl. dazu den Bericht von Melber, VN, 4/2015, S. 179).

Mit Resolution 69/281 verurteilt die Generalversammlung die vom ›Islamischen Staat in Irak und der Levante‹ (ISIL) begangenen Akte der Zerstörung und Plünderung des Kulturerbes in Irak. Die Staaten werden aufgefordert, Maßnahmen zum Schutz von Kulturgütern zu treffen und den illegalen Handel zu unterbinden.

Darüber hinaus verabschiedete die Generalversammlung die Internationalen Leitlinien für Maßnahmen der Verbrechensverhütung und der Strafrechtspflege in Bezug auf den illegalen Handel mit Kulturgütern und andere damit zusammenhängende Straftaten (69/196).

## Sozialfragen

Die Weltkonferenz über indigene Völker war die erste Konferenz ihrer Art. Zentrale Themen waren Armut, Vertreibung und die politische Beteiligung der indigenen Bevölkerung weltweit. Im Abschlussdokument wird die Unterstützung der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker aus dem Jahr 2007 bekräftigt und für die Ratifizierung des Übereinkommens der Internationalen Arbeiterorganisation (ILO) über eingeborene und in Stämmen lebende Völker aus dem Jahr 1989 geworben (69/2). Des Weiteren werden wesentliche Aspekte wie die Bedrohung indigener Gemeinschaften durch Rohstoffausbeutung und die Rolle indigenen Wissens herausgestellt.

Am 25. September 2014 fand eine Tagung auf hoher Ebene zum Kampf gegen Ebola statt. Der amerikanische Präsident hatte in seiner Rede während der Generaldebatte die Staaten aufgefordert, deutlich mehr für die Eindämmung der Ebola-Epidemie in Westafrika zu tun. Die Generalversammlung hatte bereits zu Beginn der 69. Tagung das Vorhaben des Generalsekretärs, die Mission der Vereinten Nationen für Ebola-Nothilfemaßnahmen (UNMEER) einzurichten, begrüßt (69/1).

Die Staaten brachten mit Resolution 69/187 ihre Besorgnis über die Gefahren für minderjährige Migrantinnen und Migranten zum Ausdruck und forderten entsprechende Schutzmaßnahmen. Viele der Betroffenen seien sich ihrer Rechte nicht bewusst und könnten Menschenrechtsverletzungen sowie anderen Straftaten grenzüberschreitender Kriminalität ausgesetzt sein. Darüber hinaus befasste sich die Generalversammlung mit dem Schutz von Kindern vor Mobbing (69/158) und rief dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, um jeglicher Form von Mobbing vorzubeugen und Kinder davor zu schützen. Darüber hinaus sollen die Staaten statistische Informationen und Daten auf nationaler Ebene erheben sowie Erfahrungen und bewährte Verfahren zur Verhütung und Bekämpfung von Mobbing austauschen.

## Wirtschaft und Entwicklung

Mit Resolution 69/315 einigten sich die Staaten auf einen Entwurf für das Ergebnisdokument des Gipfeltreffens zur Post-2015-Entwicklungsagenda im September 2015. Unter dem Titel ›Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung‹ werden 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung und 169 zugehörige Zielvorgaben genannt, die »universell, integriert und unteilbar« sind.

Vom 3. bis 5. November 2014 fand die zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die Binnenentwicklungsländer in Wien statt. Mit Resolution 69/137 billigte die Generalversammlung die Wiener Erklärung und das Wiener Aktionsprogramm für die Binnenentwicklungsländer für die Dekade 2014–2024 (69/232).

Am Ende der 69. Tagung verabschiedeten die Staaten Prinzipien für Verfahren zur Umstrukturierung von Staatsschulden (69/319). 16 Staaten stimmten gegen die Resolution, darunter Deutschland, Großbritannien, Japan, Kanada und die USA. Als Begründung gaben sie an, die Kompetenz, ein rechtlich bindendes

multilaterales Rahmenwerk für Staateninsolvenzverfahren zu entwickeln, liege bei internationalen Finanzorganisationen wie dem Internationalen Währungsfond (IWF).

Mit Resolution 69/116 wurde das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Transparenz in Investor-Staat-Schiedsverfahren auf der Grundlage von Verträgen (›Mauritius-Konvention‹) angenommen. Dieses ermöglicht die Anwendung der seit April 2014 geltenden Transparenzregeln der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) auch für davor geschlossene Investitionsschutzverträge. Dies UNCITRAL-Transparenzregeln sehen unter anderem vor, dass alle Verfahren öffentlich registriert (Art. 2) und die Urteile veröffentlicht werden (Art. 3).

### Menschenrechte

Nachdem die 68. Generalversammlung zum ersten Mal eine Resolution zum Recht auf Privatheit im digitalen Zeitalter (68/167) verabschiedet hat, haben die Staaten mit Resolution 69/166 nun die Erfassung und Nutzung von Metadaten berücksichtigt und den Privatsektor als Akteur genannt. Die Staaten werden aufgefordert, ihre Verfahren, Praktiken und Rechtsvorschriften hinsichtlich der Überwachung von Kommunikation zu überprüfen und unabhängige Aufsichtsmechanismen einzurichten.

Wieder wurden Resolutionen zu problematischen Menschenrechtssituationen in Iran, Myanmar, Nordkorea und Syrien verabschiedet. Die Generalversammlung ruft Myanmar auf, die muslimische Minderheit der Rohingya vor Gewalt zu schützen und die Achtung ihrer Menschenrechte und Grundfreiheiten sicherzustellen. Erstmalig werden die Befunde der Untersuchungskommission zur Menschenrechtslage in Nordkorea gewürdigt (69/188). Laut deren Abschlussbericht werden in Nordkorea Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt. Vor diesem Hintergrund wurde entschieden, den Bericht an den Sicherheitsrat weiterzuleiten und diesem zu empfehlen, den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) einzuschalten.

### Haushalt und Verwaltung

Die Generalversammlung billigte in einzelnen Resolutionen den Haushalt von 8,3 Milliarden US-Dollar für 15 bestehende Friedenssicherungsmissionen für den Zeitraum vom 1. Juli 2015 bis 30. Juni 2016. Die größten Mittelzuweisungen erhielt erneut die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) mit 1,40 Milliarden US-Dollar (GA/AB/4160 v. 24. Juni 2015).

Die Staaten begrüßten in einer Resolution zu Querschnittsfragen im Hinblick auf die Friedenssicherungsmissionen die geplanten Maßnahmen des Generalsekretärs zum Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (69/307). Gleichzeitig soll die Vorlaufzeit für Einstellungen bei Feldmissionen verkürzt und die Transparenz bei der Stellenbesetzung erhöht werden. Darüber hinaus sind die Umweltbelastung durch die Missionen zu verringern und die Verfahren im Beschaffungswesen zu verbessern.

### Rechtsfragen

Mit Resolution 69/126 haben die Staaten die Wichtigkeit der Verantwortlichkeit internationaler Organisationen sowie der Kodifizierung und fortschreitenden Entwicklung des Völkerrechts bekräftigt. Gleichzeitig soll der Generalsekretär eine Zusammenstellung von Entscheidungen internationaler Gerichtshöfe, Gerichte und anderer Organe vornehmen sowie die Regierungen und internationale Organisationen bitten, Informationen einzureichen, um diese der Generalversammlung vorzulegen.

### Umwelt

Die Generalversammlung beschloss, im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen eine internationale rechtsverbindliche Übereinkunft über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche zu erarbeiten. Es soll ein Vorbereitungsausschuss eingesetzt werden, der Empfehlungen zu den Elementen eines Textentwurfs unterbreiten soll. Der Generalsekretär wird ersucht, einen speziellen freiwilligen Treuhandfonds zur Unterstützung von Entwicklungsländern einzurichten (69/292).

Auf Initiative Deutschlands und Gabuns verabschiedeten die Staaten die erste thematische Resolution gegen Wilderei und illegalen Wildtierhandel (69/314) (vgl. Kantorczyk, VN, 2/2016, S. 86f.). Die Resolution spricht Herkunfts-, Transit- und Zielländer an und ruft die Staaten zu einer besseren Strafverfolgung und einer stärkeren Zusammenarbeit im Kampf gegen Korruption und Geldwäsche auf. Sie ermutigt die Staaten, lokale Gemeinschaften im Kampf gegen die Wilderei stärker einzubinden.

### Internationale Gedenkanlässe

Die Generalversammlung verabschiedete insgesamt fünf neue Internationale Tage. Der 13. Juni wurde zum Internationalen Tag der Aufklärung über Albinismus bestimmt (69/170). Ziel ist es, Albinismus stärker ins Bewusstsein zu rücken, um die weltweite Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen mit Albinismus zu bekämpfen. Der 17. Juni wurde zum Internationalen Tag für die Beseitigung sexueller Gewalt in Konflikten erklärt, um das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Beendigung sexueller Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten zu stärken. (69/293). Der 21. Juni wurde zum Internationalen Tag des Yoga bestimmt (69/131). Der 15. Juli wurde zum Welttag für den Kompetenzerwerb junger Menschen erklärt (69/145). Entsprechend Resolution 69/282 soll zukünftig alle fünf Jahre der Weltstatistiktag am 20. Oktober begangen werden.

### Wahlen und Ernennungen

Am 15. Juni 2015 wählten die Staaten den Dänen Mogens Lykketoft einstimmig zum Präsidenten der 70. Generalversammlung. Der ehemalige dänische Finanz- und Außenminister wurde von der Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Am 2. Februar 2015 wurde António Guterres als Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen wiedergewählt und wird dieses Amt bis zum 31. Dezember 2015 weiter ausüben. Am 18. November 2014 wurde der Deutsche Dietrich Lingenthal als Mitglied des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen (1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2017) ernannt. Gönke Roscher aus Deutschland wurde für fünf Jahre als Mitglied der Gemeinsamen Inspektionsgruppe ernannt – endend am 31. Dezember 2020.